

NACHRICHTEN

Griechischer Aussenminister in Ankara

ISTANBUL: Der griechische Aussenminister Georgios Papandreu ist am Mittwoch zu einem viertägigen Besuch in Ankara eingetroffen. Es ist nach griechischen und türkischen Medienberichten der erste offizielle Besuch eines griechischen Aussenministers in der Türkei seit 1962. An diesem Donnerstag ist in Ankara die Unterzeichnung von bilateralen Abkommen zu Themen wie Umwelt und Tourismus geplant. Ausserdem werden die beiden Nachbarländer eine Vereinbarung zum Kampf gegen den Terrorismus unterzeichnen. Der griechische Aussenminister wird neben seinem Amtskollegen Ismail Cem auch Ministerpräsident Bülent Ecevit und Staatspräsident Süleyman Demirel treffen. Ausserdem wird Papandreu den Ökumenischen Patriarchen der orthodoxen Kirchen, Bartholomäus I., in Istanbul besuchen.

Türkei: Zehn Leichen bei Fahndung entdeckt

ISTANBUL: Bei der Fahndung nach islamischen Extremisten ist die türkische Polizei am Mittwoch in Istanbul auf ein Grab mit zehn Leichen gestossen. Bei den Toten handle es sich vermutlich um entführte Geschäftsleute, meldete die Nachrichtenagentur Anadolu. Das Grab wurde im asiatischen Stadtteil Üsküdar entdeckt. Laut türkischen Medienberichten werden seit November vergangenen Jahres zehn bis zwölf Geschäftsleute aus Istanbul vermisst. Es werde vermutet, dass Extremisten hinter ihrem Verschwinden stecken. Am Montag hatte sich die Polizei in Istanbul eine Schiesserei mit islamischen Extremisten geliefert. Ein Angreifer kam bei dem Einsatz ums Leben; zwei Männer wurden gefasst.

Kaukasus-Rebellen treffen Regierung

MOSKAU: In Moskau sind nach Informationen der Nachrichtenagentur Itar-Tass Kommandanten der tschetschenischen Separatisten mit Vertretern der Regierung zusammengekommen. Das Treffen sei unter Vermittlung von Tschetschenien zustande gekommen, die enge Kontakte zur russischen Regierung haben, meldete Tass am Mittwoch. Die Agentur zitierte den in Moskau lebenden tschetschenischen Geschäftsmann Malik Saidullajew mit den Worten, an den Gesprächen nähmen die bekanntesten und massgeblichen Feldkommandanten teil. Die Gespräche seien sehr kompliziert und es sei noch zu früh, die Teilnehmer bekanntzugeben.

Nachfolgetreffen zu UNO-Frauenkonferenz

GENÈVE: In Genf hat am Mittwoch ein Nachfolgetreffen zur UNO-Frauenkonferenz in Peking von 1995 begonnen. Am Vorbereitungstreffen für eine UNO-Konferenz im kommenden Juni nehmen über 600 Teilnehmer aus Europa teil. Die Fortschritte bei der Gleichberechtigung der Geschlechter seien ungenügend, sagte der Exekutivsekretär der UNO-Wirtschaftskommission für Europa (UN-ECE), Yves Berthelot bei der Eröffnung des dreitägigen Treffens in Genf. Frauen übten nach wie vor die am schlechtesten bezahlten Arbeiten aus. «Die Frauen sind auch weiterhin eine Minderheit in Entscheidungspositionen», betonte Berthelot. Am Treffen in Genf nehmen mehrere Minister sowie Vertreter nichtstaatlicher Organisationen aus der europäischen Region teil. Am Donnerstag wird Bundesrätin Ruth Dreifuss an einer Diskussionsrunde zum Thema «Frauen und Gewalt» teilnehmen.

Nachrichtenlose Vermögen in Israel

JERUSALEM: Bei der Suche nach nachrichtenlosen Vermögenswerten im eigenen Land hat Israel 15 000 Bankkonten und 5000 Grundstücke gefunden. Sie machen einen Wert von 1,4 Milliarden Schekel oder 564 Millionen Schweizer Franken aus. Im Zuge der Diskussionen um nachrichtenlose Vermögen und auf Druck von Holocaust-Überlebenden hat auch Israel die Suche nach solchen Vermögenswerten eingeleitet. Wie der für herrenlose Güter zuständige Beamte Shmuel Tsur am Mittwoch darlegte, fand man bei israelischen Geschäftsbanken 5000 nachrichtenlose Konten mit einem Wert von 61 Millionen Shekel. Die Bank Leumi will in den nächsten Tagen eine Liste von Inhabern veröffentlichen. Nur ein kleiner Teil dieser Konten bei Geschäftsbanken gehörte europäischen Holocaustopfern, erklärte Tsur.

Neun Mio. Mark entdeckt

CDU-Finanzaffäre weitet sich noch aus

BERLIN: Die Finanz-Affäre der deutschen Christdemokraten (CDU) weitet sich immer mehr aus. Neun Millionen Mark unbekannter Herkunft seien entdeckt worden, sagte der stellvertretende Parteivorsitzende Christian Wulff am Mittwoch.

Von der Partei beauftragte Wirtschaftsprüfer seien auf die Millionenbeträge gestossen, sagte CDU-Generalsekretärin Angela Merkel. In den Rechenschaftsberichten von 1989 bis 1993 gebe es Gelder deren Herkunft «nicht endgültig geklärt» werden könne.

Für die Zeit danach bleibe es bei der bislang bekannten Summe von etwa zwei Millionen Mark, sagte Wulff. Der Bericht der Wirtschaftsprüfer soll am nächsten Samstag vom CDU-Präsidium und am Montag vom Parteivorstand beraten werden.

In Hessen wurde unterdessen bekannt, dass die dortige CDU mehr Geld als bislang bekannt von ihrem Konto in der Schweiz erhielt. Es gebe «eine sehr grosse Wahrscheinlichkeit», dass als sonstige Einnahmen gekennzeichnete Gelder aus der Schweiz stammten, bestätigte Ministerpräsident Roland Koch (CDU) in Wiesbaden.

Es sei nun zu klären, welcher Teil dieser Einnahmen «ganz normale Bارسpenden» seien. Es handle sich um fünfstelligen Summen. Koch, räumte zugleich ein, dass Mitarbeiter der CDU-Geschäftsstelle zumindest «partiell» von dem Konto gewusst hätten.

Der ehemalige Innenminister Manfred Kanther hatte am Freitag



Der CDU-Finanzskandal weitet sich aus. Der stellvertretende Parteivorsitzende Christian Wulff bestätigte, dass neun Millionen Mark unbekannter Herkunft gefunden wurden. Demonstranten sprechen von einem korrupten System.

zugegeben, dass die hessische CDU Anfang der 80er Jahre mehrere Millionen Mark auf Schwarzkonten im Ausland deponiert hatte. Als Vermächtnisse getarnt holte die CDU im Laufe der Jahre knapp 13 Millionen Mark nach Deutschland zurück.

Koch kündigte für Samstag einen kleinen Parteitag der hessischen CDU an, der sich mit dem Skandal befassen soll.

Unterdessen ging in der Bundes-CDU die Debatte um den früheren Bundeskanzler und Parteivorsitzenden Helmut Kohl weiter. Mehrere Parteimitglieder forderten, Kohl solle sein Parlamentsmandat abgeben, wenn er weiter zur Herkunft

der illegalen Spenden an ihn schweige.

Dies wiesen aber führende CDU-Politiker zurück oder betonten, dass Kohl dies selbst entscheiden müsse. Einige hofften auch noch, dass sich Kohl doch offenbart. Ex-Generalsekretär Heiner Geissler hielt ihm vor, die Partei im Zwielicht zu lassen.

Kohl hatte am Dienstag sein Amt als Ehrenvorsitzender der CDU niedergelegt. Dabei erklärte er, er könne sein Versprechen, dass er die Spender nicht nennen werde, nicht brechen. Der Altkanzler hatte preisgegeben, dass er zwischen 1993 und 1998 bis zu zwei Millionen Mark an illegalen Spenden angenommen

und als Parteichef genutzt hat.

Die deutsche Justiz, die bereits gegen Kohl wegen Untreue zum Nachteil der Partei ermittelt, geht jetzt auch gegen enge Mitarbeiter von ihm vor. Die Staatsanwaltschaft Bonn nahm Ermittlungen gegen den Kohl-Vertrauten Hans Terlingen und den langjährigen CDU-Wirtschaftsprüfer Horst Weyrauch wegen Beihilfe vor. Ihre Wohnungen sowie das Büro Weyrauchs waren am Dienstag durchsucht worden.

Die Genfer Justiz hat bisher noch kein Rechtshilfegesuch aus Deutschland im Zusammenhang mit der CDU-Parteispendenaffäre erhalten.

Richtlinien für Rüstungsexport

BERLIN: Drei Monate nach dem Koalitionsstreit über die Panzerlieferung in die Türkei hat die deutsche Regierung neue Grundsätze für Rüstungsexporte beschlossen. Das Kabinett billigte am Mittwoch die Neufassung der Richtlinien von 1982. Als Kriterium bei Exporten will die Regierung auch die Lage der Menschenrechte im Empfängerland berücksichtigen. Ein Berater von Kanzler Schröder sagte der Nachrichtenagentur Reuters, es sei eine «vernünftige Synthese» gelungen.

Anzeichen für Pinochet-Freilassung

Schweiz hält Auslieferungsgesuch aufrecht - Weitere Klage in Chile

LONDON: In Grossbritannien haben sich am Mittwoch die Anzeichen für eine Freilassung des chilenischen Ex-Diktators Augusto Pinochet verdichtet. Nach Angaben des britischen Verteidigungsministeriums sollte ein chilenisches Flugzeug am Nachmittag nahe London landen.

Nach dem Start des Flugzeugs am Dienstag von einem Militärflughafen in Chile hatte das staatliche chi-

lenische Fernsehen von einem Rückkehrereinsatz gesprochen. Den britischen Angaben zufolge wurde die Maschine gegen 15.00 Uhr (MEZ) am Luftwaffenstützpunkt Brize Norton erwartet, verspätete sich jedoch aus unbekanntem Grund. Die Schweiz hält das Auslieferungsgesuch gegen Pinochet aufrecht, wie der Genfer Staatsanwalt Bertrand Bertossa am Mittwoch in Genf erklärte. Bisher sei von London keine formelle Entscheidung

über das Auslieferungsgesuch eingegangen.

Die Schweiz bestreitet die von der britischen Regierung vorgebrachten Argumente für eine Freilassung Pinochets. Die Genfer Justiz ermittelt im Fall des 1977 in Buenos Aires verschwundenen chilenisch-schweizerischen Doppelbürgers Alexis Jaccard. Die britische Justiz bezieht sich im Verfahren gegen Pinochet nur für in den Jahren 1988 bis 1999 begangene Taten.

Bettino Craxi gestorben

Früherer italienischer Ministerpräsident erliegt einem Herzanfall

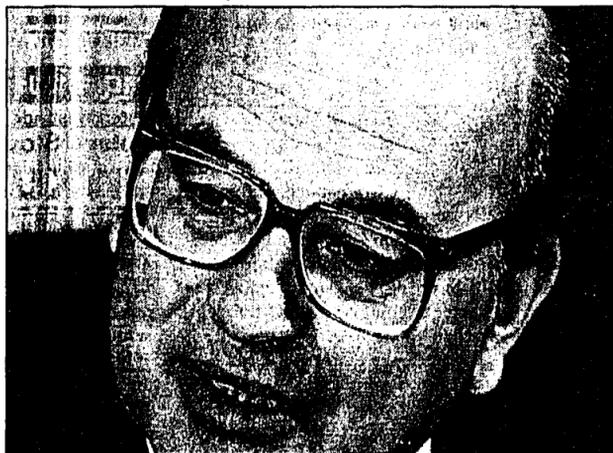
ROM: Der frühere italienische Ministerpräsident Bettino Craxi ist tot. Der 65-jährige ehemalige Sozialistenchef erlag am Mittwoch in seiner Villa im tunesischen Badeort Hammamet einem Herzanfall.

Er war seit längerem schwer zucker- und herzkrank und erst vor kurzem operiert worden. Craxi floh 1994 nach Tunesien, als in Italien gegen ihn wegen der Annahme von Schmiergeldern ermittelt wurde. Später wurde er in Abwesenheit zu über 20 Jahren Haft verurteilt.

Davon war zunächst jedoch nur ein Urteil mit einer Haftstrafe von fünf Jahren und sechs Monaten rechtskräftig. Gegen die anderen Urteile liefen Berufungsverfahren oder sie wurden bereits in Erwartung eines neuen Prozesses annulliert. Erst vor wenigen Wochen hatte Craxi signalisiert, dass er gerne nach Italien zurückkehren würde. Mehrere Politiker und Kommenta-

toren hatten sich aus humanitären Gründen für die Aussetzung der Strafe ausgesprochen, um ihm eine Behandlung in Italien zu ermöglichen. Die Regierung in Rom hatte

Craxi aber die erwünschte Garantie verweigert, dass er nicht inhaftiert würde. Craxi zählte in den 80er Jahren zu den mächtigsten Politikern Italiens.



Bettino Craxi ist tot: Der frühere italienische Ministerpräsident erlag in seinem tunesischen Exil einem Herzanfall. (Bild: Keystone)

Russische Angriffe gehen weiter

GROSNY: Ungeachtet des Besuchs einer Delegation des Europarates in Tschetschenien haben russische Truppen ihre schweren Angriffe auf Stellungen der Separatisten fortgesetzt. Innerhalb von 24 Stunden flog die Luftwaffe 180 Einsätze. In der tschetschenischen Hauptstadt Grosny lieferten sich Rebellen und Soldaten heftige Strassenkämpfe, nachdem die Truppen Moskaus am Vortag ins Zentrum der Stadt vorgestossen waren. Die Viertel Staropromysl, Staraja-Sunscha und Chankala seien hart umkämpft. Aufgrund des starken Bombardements verliessen nach russischen Angaben 7800 Menschen die Stadt. «Grosny ist der schwierigste und wichtigste Teil unserer Operation in Tschetschenien», sagte der russische Offizier Jewgeni Maksimowitsch am Mittwoch einem Reporter.